

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950 1947

48 (26.11.1947)

VOLKSECHO

Wochenblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands / Landesbezirk Baden

Jahrgang 2, Nr. 48

Mannheim, den 26. November 1947

Preis 15 Pfg.

Allgemeiner Proteststreik im Industriegebiet Mannheim

65-70 000 Mannheimer Werktätige im Kampf zur Sicherung der Ernährung und Durchsetzung des Mitbestimmungsrechtes

Im Industriegebiet Mannheim wurde am vergangenen Freitagmorgen ein allgemeiner Proteststreik von einer Stunde durchgeführt. Schätzungsweise beteiligten sich am Streik 65-70 000 Arbeiter. In Mannheim ruhte während dieser Stunde der Verkehr, denn auch in den städtischen Betrieben war dem Streikbeschluss der Mannheimer Betriebsräteversammlung und Gewerkschaftsdelegierten resülos gefolgt worden. Unter den Großbetrieben machte nur BBC eine Ausnahme, wie es hieß, auf entsprechende Vorstellungen der amerikanischen Militärregierung.

Der Beschluss zum einstündigen Proteststreik war in der neuerlichen Betriebsräteversammlung tags zuvor in seltener Einmütigkeit gefaßt worden. Er hatte zur Voraussetzung die Tatsache der nicht erfüllten Versprechungen, die eine Woche zuvor der damals tagenden Betriebsräteversammlung in der Frage der Ernährungsversorgung der Bevölkerung gemacht und nicht erfüllt worden waren. Wieder hatte sich bewiesen, daß auf Versprechungen des Ernährungsministeriums in Stuttgart und des Zweizonenwirtschaftsrates in Frankfurt kein Vertrauen zu setzen ist. Der Streikbeschluss stellte eine entschiedene Kampfansage des werktätigen Volkes gegen die Unfähigkeit und Böswilligkeit der Verwaltungsbürokratie dar. Bei allen Diskussionsrednern in der Betriebsräte-Vollversammlung kam der Wille zum Ausdruck, an das Besetzer der unhaltbar gewordenen Mißstände rücksichtslos heranzugehen. Einschaltung des werktätigen Volkes und seiner berufenen Vertreter bei Erfassung und Verteilung der Nahrungsmittel und aller Bedarfsgegen-

stände soll nicht länger mehr hinausgeschoben werden. In der Verschleppung des Ausführungsgesetzes über das Mitbestimmungsrecht im württembergisch-badischen Ministerrat wird eine eindeutige Sabotage dieser Bestrebungen gesehen. Der allgemeine Mannheimer Proteststreik veranlaßte den württembergisch-badischen Ministerpräsidenten Dr. Reinhold Maier, der Presse gegenüber zu erklären, daß „Mannheim in Württemberg-Baden in politischer Beziehung der neuralgische Punkt sei, so daß die Regierung aufs äußerste be-

ruhigt sei und alles tun werde, was in ihren Kräften stehe, um Mannheim, das lebensmittelmäßig sich in besonders schwieriger Situation befindet, zu helfen“. Diese Versicherung steht im Gegensatz dazu, daß die Frage des Mitbestimmungsrechtes, dessen Verwirklichung allein den Zustand ewiger Bitten, nicht erfüllter Versprechungen, resultatloser Konferenzen beenden kann, weil es an die Stelle der bürokratischen Willkür und Unfähigkeit ein Stück Selbsthilfe des schaffenden Volkes setzt, ja gerade durch den Ministerrat auf die lange Bank geschoben wurde. Neuerliche Versprechungen, zu helfen, haben dagegen nur platonischen Charakter. Man soll sich nicht täuschen! Die Belegschaften der Mannheimer Betriebe werden den Kampf fortsetzen, bis das Mitbestimmungsrecht und die Einschaltung der Bevölkerung in Erfassung und Verteilung Wirklichkeit ist.

Verhöhnung der Mannheimer Bevölkerung

Oberbürgermeister Braun gibt Freibrief für Ernährungsbürokratie

Ein seltsames und aufschlußreiches Spiel zwischen dem Ernährungsminister Stooß und dem Oberbürgermeister Braun der Stadt Mannheim kam bei der Pressebesprechung des Ministerpräsidenten über den Mannheimer Proteststreik zum Vorschein. Der letztlich in Württemberg-Baden für die Mißstände verantwortliche Minister wartete mit Briefen des Oberbürgermeisters Braun auf, in denen dieser dem Minister schriftlich seinen besonderen Dank für das Verständnis (!!) ausgesprochen hat, das das Landwirtschaftsministerium der Notlage Mannheims entgegenbringe. Wo liegt da das Verständnis, wenn Mannheim an letzter Stelle der Versorgung im ganzen Lande steht? Wer hat Oberbürgermeister Braun autorisiert, dem vielumstrittenen Ernährungsminister Stooß just in der Zeit, wo die Mißstände in der Ernährungslage der Stadt Mannheim zum allgemeinen Proteststreik führten, den Dank für angebliche Anstrengungen für Mannheim auszusprechen? Wir wollen das klar zum Ausdruck bringen: Bürgermeister Braun hat sich eine nicht zu überbietende Verhöhnung der darbenenden Mannheimer Bevölkerung gegenüber zu Schulden kommen lassen. Hat er es darauf angelegt, den Stadtrat zu kompromittieren? Braucht die CDU-Führung, die weitgehendst verantwortlich ist für das Chaos in

der Ernährungswirtschaft in unserem Land, wie in der gesamten Bizonne, ein Alibi, weil in Württemberg-Baden die Gemeinderatswahlen vor der Tür stehen? Wir erblicken nichts anderes in dem Versuch des Oberbürgermeisters Braun, wenn er seinem Parteigenossen, Minister Stooß, allen Tatsachen zum Trotz das „gute Leumundzeugnis“ ausstellt. Von einem Stadtoberhaupt, gleichgültig, welcher Partei er angehört, erwarten wir Objektivität, erwarten wir, daß er sich

Schluß mit dem Elend!

Den Ausweg aus der Not zeigt

Oskar Müller

ehemaliger Arbeitsminister und

Landtagsabgeordneter von Hessen

am Donnerstag, den 27. Nov. 1947

19.00 Uhr in der Wandelhalle des

Rosengartens

20.00 Uhr im Volkshaus Neckarau.

Die Bevölkerung ist herzlichst eingeladen.

Kreisvorstand der KPD

Mannheim.

parteiegoistischer Machinationen enthält. Wir erwarten ebenso, daß er im Stadtrat für sein Verhalten Rechenschaft ablegt, denn wie wir die Dinge kennen, hat der Mannheimer Stadtrat oft genug die gegenteilige Haltung gegenüber Minister Stooß eingenommen und diesem auch bereits das Mißtrauen einstimmig ausgesprochen. ym.

Das Ziel kommunistischer Gemeindepolitik

Von Anette Langendorf

Am Stelle des erst angekündigten Sprechers der Kommunistischen Partei, des Landesbezirksvorsitzenden Willy Grimm, sprach die Landtagsabgeordnete Frau Anette Langendorf über den Stuttgarter Rundfunk, Sendestelle Heidelberg, als Vertreterin der KPD. Aus ihrer Rede bringen wir nachstehende Ausführungen:

Es wäre eine erste und selbstverständliche Aufgabe der verantwortlichen Staatsbehörden und der Parteien gewesen, den Neuwahlen zum Gemeinderat eine gemeinsame Ge-

Also schweigt Deutschland zu Beginn der Friedenskonferenz. Aber nichts kann der Welt lauter in die Ohren gellen, als dieses Schweigen. Es ist das Schweigen eines Volkes, dem die politische Behandlung durch die Sieger die Kehle zupreßt. In Wirklichkeit zweifelt die Welt nicht daran: Auch wenn das deutsche Volk nicht einheitlich seine Wünsche und Forderungen vorträgt, weil es daran durch die Besatzungen gehindert ist, steht es doch entschlossen zur deutschen Einheit.

Wirtschaftszeitung, Stuttgart 21. 11.

Besteht Redefreiheit?

Eine gehaltene und eine nicht gehaltene Radio-Rede

Uns ist nicht bekannt, daß in Deutschland über die entsprechenden Bestimmungen des Kontrollrats und der Militärregierung hinaus, welche nazistische, militaristische Propaganda und Angriffe auf eine der Besatzungsmächte verbieten, weitere Einschränkungen der Rede- und Meinungsfreiheit bestehen, wenigstens nicht in entsprechenden Bestimmungen. Praktisch existieren sie doch. Vor einem Vierteljahr wurde eine Radioansprache des Landesbezirksvorsitzenden der KPD Nordbaden, Willy Grimm, nicht gehalten, weil sie von dem amerikanischen Kontrolloffizier für „nicht o.k.“ befunden worden war. Eine neuerliche Rundfunkansprache über die „Londoner Konferenz und die Lage in den Westzonen“ ist wieder nicht gehalten worden, für die von der Kommunistischen Partei der gleiche Sprecher vorgesehen war.

Wie wir erfahren, ist diese Rede nun nicht verboten worden, sie hätte aber in wesentlichen Punkten, die sich mit der amerikanischen Politik beschäftigen, abgeändert werden müssen. Wie uns der Landesbezirksvorsitzende der KPD erklärte, handelte es sich bei den beanstandeten Stellen um Sätze, in denen eine sachliche Auseinandersetzung und Wertung der Politik erfolgte, wie sie sich durch Truman-Doktrin und Marshall-Plan ergeben hat. Auf unsere Frage, ob ihm bekannt sei, daß in anderen Fällen durch die amerikanische Kontrollbehörde ähnlich verfahren worden sei, antwortete er mit „nein“. „Er könne dies auch nicht annehmen, nachdem er selbst mehr als einmal die Haß- und Verleumdungsgesänge des Dr. Ermath über den Stuttgarter Rundfunk sowohl gegen die Sowjetunion, als auch gegen den Sozialismus gehört habe.“ Er fügte hinzu: „Nicht, daß es mir einfiel, auch nur einen Vergleich meiner Rede mit einer der unqualifizierten dieses Dr. Ermath zuzulassen.“

Es sei, um dem Sachverhalt gerecht zu werden, ausdrücklich betont, daß die Kommunistische Partei Nordbadens nicht um die Ansprache über das Stuttgarter Radio gekommen ist. Der Vorschlag, daß an Stelle des Landesvorsitzenden der KPD die Landtagsabgeordnete, Frau Langendorf, sprechen soll, fand Annahme, wie auch ungeändert die dann von ihr gehaltene Rede.

Wir erinnern uns bei der Geschichte an die Ausführungen, die der Direktor der Abteilung der Zivilverwaltung der amerikanischen Regierung für Deutschland, Dr. Eduard Litschfeld, in einer Rundfunkrede über die Grundrechte freier Menschen machte: „Das fundamentalste dieser Rechte ist die Redefreiheit. In unserer Welt genießt der Mensch das Recht, seine Meinung zu Hause, auf der Straße und auf der Rednertribüne ungehindert auszusprechen.“ Leider hat er dabei nicht über die Rede- und Meinungsfreiheit am Rundfunk sich ausgelassen. -re-

Henry Wallace: Antidemokratischer Feldzug - Sache der Kriegstreiber

(JKP) Das Volk der Vereinigten Staaten sei für den Frieden, mit Ausnahme der Rüstungsindustriellen, die mit der Armee und der Marine gewinnbringende Kontrakte hätten und jener Kreise, die die Welt beherrschen wollen, erklärte Henry Wallace in einer Rede vor Studenten der Neger-Universität Dillard. Wallace kritisierte das herausfordernde Auftreten der Vereinigten Staaten in ihrer Politik und verurteilte scharfsteins die Politik der Rassendiskriminierung in den Südstaaten der USA. Alle fortschrittlichen Bestrebungen in den Vereinigten Staaten, so fuhr er fort, würden von den Kriegsinteressenten als „kommunistisch“ bezeichnet. Alles, was er tue, sei in den Augen dieser Leute „kommunistisch“. Es habe den Anschein, daß alle guten Ideen dem Kommunismus zugeschrieben würden.

Alle Deutschen wünschen die Einheit

Bedeutende Erklärung Erich Roßmanns im Länderrat

Am 18. November, wenige Tage vor Beginn der Londoner Konferenz, trat der Länderrat der US-Zone mit dem Parlamentarischen Rat zu einer Sondersitzung zusammen. In einem Bericht über die staatsrechtliche Entwicklung Deutschlands seit der Kapitulation setzte sich der Generalsekretär Erich Roßmann für die Wiederherstellung der politischen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands ein. Er erinnerte an den Grundsatz des Potsdamer Protokolls, wonach Deutschland während der Besatzungszeit als eine wirtschaftliche Einheit zu betrachten sei. Dieser Grundsatz sei seit den Tagen von Potsdam zur deutschen Schicksalsfrage geworden. Roßmann erklärte weiter: „Darum ist es Pflicht aller Regierungen, aller Parlamente und aller politischen Parteien in Deutschland, diese Forderung nachdrücklichst jetzt in London zu erheben und seine eigene Mitwirkung bei der Schaffung eines neuen Status für Deutschland zu verlangen. . . . Können Sie sich ein Volk dieser Erde denken, das in einer ähnlichen Lage wortlos, stumm und ergeben hinnimmt, was die anderen hinter verschlossenen Türen beschließen, ohne den zu hören, dem der Spruch gilt? Niemals! Ueber diese Situation kommt man nicht hinweg, indem man erklärt, man wisse in London ohnehin, daß die Mehrheit des deutschen Volkes die Einheit Gesamtdeutschlands wünsche. Diese Einheit wünscht nicht nur die Mehrheit, es wünschen sie alle deutschen Menschen bis auf wenige armselige Kreaturen, die im Dienste unkontrollierbarer Mächte stehen.“

(Fortsetzung von Seite 1)

auf unsere Lebensgestaltung hat. Wo liegt die Verantwortung für unsere nicht mehr endende Not, für das immer größer werdende Elend? Was und wer ist Schuld daran? Ist es nur die nazistische Erbschaft, die uns zu schaffen macht, oder haben wir es bereits mit einer neuerlichen Schuld zu tun? Ein neuerliches Versagen muß klar gesehen werden. Es liegt keine Uebertreibung darin, daß vieles, wie es heute ist, nicht zu sein brauchte. Wenn Erscheinungen wie nach 1918 heute in den Westzonen auftreten, dann ist die Verantwortung dafür im Heute zu suchen.

Wo beginnt der Bereich der Besatzungsmacht, der Länderregierungen, der zonalen oder bizonalen Ämter? Dies kann niemand beantworten. Alle brennenden Lebensfragen erscheinen gegenwärtig in der Öffentlichkeit als Gegenstand ewiger Auseinandersetzungen und Zänkereien von Ämtern und Instanzen. Welche Tragödie muß die Stadt Mannheim in der Frage der Zuteilung eines einzigen Zentners Einkellerungskartoffeln pro Kopf seiner Bevölkerung erleben? Wie viele Instanzen werden in Bewegung gesetzt, müssen von Vertretern anderer Instanzen und Körperschaften abgelaufen werden, was wird alles dabei versichert, wie oft wird vertröstet, von einem zum andern geschickt und wie ungenügend ist fast stets das Resultat.

Je mehr der Hunger wächst, desto größer wird die Bürokratie. Je notwendiger und dringender klare Entscheidungen sind, desto mehr wird über Kompetenzen gestritten. Bürokratie und Instanzen sind vollauf beschäftigt. Was sie tun ist Sisyphusarbeit. Sie erschweren, wo sie helfen sollen. Unter diesen Verhältnissen sind Erfassung und Verteilung von Lebensmitteln, von Kleidung, Schuhen und allen Bedarfsgegenständen immer weiter weggekommen von dem, was das schaffende Volk als Recht und Gerechtigkeit empfindet.

In den Gemeindeverwaltungen kann eine fruchtbringende Arbeit liegen und ein wesentlicher Anfang gemacht werden, um an die Stelle der „allmächtigen Bürokratie“ das Volk selber wirksam werden zu lassen. Weitgehende Demokratisierung der Selbstverwaltungen ist dazu erforderlich. Heranziehung der Bevölkerung zur Bewältigung der unendlich vielen Aufgaben, um der bitteren Not zu steuern, ist das Gebot! Zur Verantwortung muß sich das Recht der Mitbestimmung des schaffenden Volkes gesellen! Nur auf diesem Wege stellen wir bürokratische Willkür ab und verhindern, daß aus Demokratie eine Phrase wird. Die Mitwirkung des Volkes erspart den Riesenapparat von Bürokraten und würde uns manche Mark von den 340,-, die der einzelne Bürger im Jahr an Steuern in Württemberg-Baden aufbringen muß, schenken.

Die alle unablässig beschäftigende Frage ist die unserer Ernährung. Seit dem letzten Winter ist ein Jahr ins Land gegangen und rein gar nichts hat sich zum Besseren gewendet. Schlimmer ist es geworden! Bei den verantwortlichen Stellen sucht man vergebens, daß sie in der vergangenen Zeit Erfahrung gesammelt und sich notwendige Umsicht zugelegt hätten. Wenn die Mißstände weiter und weiter um sich gegriffen haben, erhebt sich die Frage: ist dies Ausdruck der Unfähigkeit oder mangelnder guter Wille bei den Verantwortlichen? Es ist sicher beides in einem!

Wir Kommunisten gesellen uns nicht zu denen, die über diesen Zustand einfach nur Klageklagen anstimmen oder Moralpredigten halten. Damit kommen wir keinen Schritt auf dem Wege der Ueberwindung des Unheils weiter. Resolutionen und Entschlüsse wurden genügend gefaßt. Es gilt anzupacken! Es gilt den Worten die Taten folgen zu lassen. Zur Mitwirkung der Bevölkerung, um die Not zu brechen, hat sich auch der Ministerpräsident Maier anlässlich seiner Regierungserklärung bekannt. Das Bekenntnis ist schön, besser aber ist seine Verwirklichung. Einen positiven Beitrag wirklicher Ueberwindung der Not hätten der Ministerpräsident samt seiner Regierung leisten können, wenn sie beispielsweise die Frage der Verwirklichung der Verfassungsartikel 22-28 tatsächlich zur Ausführung gebracht hätten. Daß im Ministerrat unter zwei Dutzend Punkten das Ausführungsgesetz über das Mitbestimmungsrecht, das den Betriebsräten und Gewerkschaften die Mittel der gerechten Erfassung, Kontrolle und Verteilung der industriellen Produktion in die Hand

„Volksecho“ spricht mit unseren Stadtratskandidaten

Paul Schreck:

Spitzenkandidat der KPD in Mannheim, Beruf Dreher, Gründer des Spartakusbundes im Bezirk Baden und Mitbegründer der Kommunistischen Partei Deutschlands. Mitglied des badischen Landtags seit 1925 und Mitglied des Reichstags bis 1932. Acht Jahre im Konzentrationslager. 1945 zweiter Vorsitzender des Gewerkschaftsbundes in Mannheim und 1. Vorsitzender des Industrieverbandes Metall in Württemberg-Baden. Er sagt:

„Nicht hoffen und harren auf Hilfe durch die behördliche Bürokratie, nicht illusionäre Träume von einem besseren Leben durch Pump von Dollarmillionen bringen Rettung, sondern einzig und allein die Entfesselung der Volksinitiative und die Erweckung des leidenschaftlichen Willens, daß sich das Volk aus Not und Elend selbst erlöse.“

Fritz Kunz:

seit 1906 Dreher bei Daimler-Benz, seit 1911 in der Arbeiterbewegung, seit 1929 Mitglied der KPD. blieb auch während der Nazizeit seiner Ueberzeugung treu. 1945 Betriebsrat bei Daimler-Benz, Mannheim. Er erklärt uns nachdrücklich:

„Die Mannheimer Arbeiter werden nicht ruhen, bis das Mitbestimmungsrecht der Werk tätigen in jedem Betrieb verwirklicht ist.“

Peter Eimuth:

seit 1926 Mitglied der KPD, Arbeiter. 1933 erhält er 15 Monate Festung, unermüdlicher Kämpfer der Arbeiterbewegung auch in der Illegalität, seit 1945 Vorsitzender der größten Mannheimer Ortsgruppe der KPD, Neckarstadt-West. Mit all ihren großen und kleinen Sorgen ändert die Bevölkerung den Weg zu ihm. Er sagt:

„Die Sorgen des Volkes sind auch unsere Sorgen. Die Kommunistische Partei ist die einzige, welche rückhaltlos die Interessen der werktätigen Bevölkerung vertritt.“

Paula Pohl:

seit frühester Jugend in der Arbeiterbewegung, Beruf: Kantoristin. Langjährige genossenschaftliche Tätigkeit. Ließ ihre antifaschistische Gesinnung von Hitler nicht brechen. Betriebsrat Konsumgenossenschaft. Sie meint:

„Gerade uns Frauen legt die heutige Not besondere Lasten auf. Dürfen wir da beiseite stehen, wenn es gilt, für ein besseres Leben in Frieden, Ruhe und Sicherheit zu kämpfen?“

Volksabstimmung notwendig

Walter Ulbricht für gesamtdeutsche Beratung Dem „Neuen Deutschland“ vom 21. 11. 47 entnehmen wir:

Der stellvertretende Vorsitzende der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Walter Ulbricht, erklärte einem ADN-Vertreter auf die Frage, ob er es für möglich halte, daß eine neue Ministerpräsidentenkonferenz zustande kommt: „Die Ministerpräsidenten haben nicht die Vollmacht über lebenswichtige Fragen Deutschlands zu entscheiden. Sie sind nur ausführende Organe der politischen Parteien der Länderparlamente.“

Die Frage, wie er die Unterschriftensammlung Dr. Friedenburgs beurteile, beantwortete Walter Ulbricht wie folgt: „Ich sehe darin das Bekenntnis einer Anzahl Vertreter der deutschen Intelligenz zur deutschen Einheit. In London werden Unterschriften nach der Stärke der politischen Parteien gewogen. Leider ist es durch die Schuld des Herrn Schumachers zu keiner Verständigung der großen demokratischen Parteien Deutschlands gekommen.“

Der ADN-Vertreter fragte anschließend, ob die SED ihre Bemühungen fortsetze, eine gesamtdeutsche Beratung oder Konferenz zustande zu bringen. Walter Ulbricht antwortete: „Die demokratischen Kräfte in Deutschland sind stark genug, sich über ein gemeinsames Handeln im Kampf um die Demokratie und die Einheit Deutschlands zu verständigen. Ich bin überzeugt, daß eine solche Beratung in absehbarer Zeit möglich ist.“

Die nächste Frage, ob er eine Volksabstimmung für den geeigneten Weg zur Dokumentierung des Einheitswillens halte, beantwortete Walter Ulbricht mit den Worten: „Wir halten eine solche Volksabstimmung für dringend notwendig und können nicht verstehen, daß sich Marshall gegen eine solche Abstimmung ausgesprochen hat.“

„Das moderne Paradies“

Amerikanischer Bischof zum antidemokratischen Feldzug der USA

Der Zeitschrift „Ende und Anfang“ vom 1. 11. 47, einem Organ junger Katholiken, die sich in ehrlicher und entschlossener Weise mit den Problemen unserer Zeit auseinandersetzen, entnehmen wir die nachstehenden Äußerungen von B. J. Shell, Weihbischof von Chicago: „Es gibt eine bedauerliche Tendenz, in fast jedem Vorschlag für berechnete soziale und wirtschaftliche Verbesserung kommunistische Einflüsse zu finden, und diejenigen, die solche Maßnahmen befürworten, werden einfach willkürlich angeklagt, Kommunisten zu sein. Man hat uns gesagt, daß wir das freie Unternehmertum nur in Ruhe zu lassen brauchen, und daß uns „big business“ dann geradewegs in ein modernes Paradies führen würde. Wer dagegen zu protestieren wagte, wurde sofort als Kommunist abgestempelt. Selbst heute wird jeder, der die Uebel der modernen industriellen Gesellschaft aufzuweisen wagt, mit einer Flut von Verleumdungen überschüttet.“

„Freie Wirtschaft“? Mißwirtschaft? Sabotage? Verbrechen an der Menschheit?

Daß die sogenannte „Freiheit“ der „freien Wirtschaft“ nur den Profitinteressen der Großkapitalisten zugute kommt, für den kleinen Mann hingegen die „Freiheit“ bedeutet, zu verhungern, wenn es gerade jenen Profitlern paßt, muß allmählich auch dem Dummsten und Einfältigsten klar geworden sein. Wie diese Kreise die von ihnen zum Ueberfluß gepriesene Freiheit des Individuums und Würde der Persönlichkeit auffassen, geht daraus unsvher hervor, und muß jedem anständigen Menschen als blutiger Hohn erscheinen.

So wurden in der wahrhaftesten und freiesten Demokratie, deren System in Deutschland populär zu machen man sich augenblicklich große Mühe gibt, im vergangenen Jahr 20 Mill. Bushel Kartoffeln vernichtet! 60 Mill. Bushel Kartoffeln wurden zu Alkohol oder Stärke verarbeitet oder als Viehfutter verwendet.

Um die Preise hochzuhalten, verbrannte man in Argentinien für 500 Millionen Dollar Getreide!

Der „Erfolg“ solcher Aktionen kann nicht ausbleiben wie aus den Weltmarktpreisen für Weizen hervorgeht:



In der britisch-amerikanischen Zone verdarben oder „verschwanden“ für 260 Mill. Dollar importierte Lebensmittel!

Während der Zeit von drei Monaten flossen in Konstanz 130 000 l Milch in unkontrollierbare Kanäle!

In Baden gingen auf dieselbe Weise der arbeitenden Bevölkerung 1500 l Milch in einem Monat verloren!

Eine Molkerei in Weil (Lörrach) verschob im Schwarzhandel 10 000 Zentner Butter innerhalb eines Jahres.

In einer Molkerei in Gilsberg (Kreis Ziegenhain) verschwanden 5000 kg Butter, was der Monatsration für 35 000 Normalverbraucher entspricht.

geben soll, auf der Tagesordnung steht, ist ja verheißungsvoll. Daß es aber unter den vielen Punkten nie zur Behandlung kommt, ist eine Verschleppung, die all den Volksfeinden dient, die Recht und Gerechtigkeit verhindern wollen. Wird die industrielle Produktion erfaßt, wird dem Bauer legal gegeben was er braucht, fällt für ihn die Notwendigkeit und der Zwang zum Kompensationsgeschäft weg. Es besteht die Möglichkeit somit, einen Anfang zu machen, der über das Nur-Reden hinaus und zur Gesundung unseres Lebens führt.

Auf diesem Weg liegen in unserer heutigen Zeit wesentliche Aufgaben

Das sind nur wenige Beispiele verbrecherischer Gewissenlosigkeit in Profilkreisen, die das Volk bewußt in Elend und Hunger halten, um ihre eigenen Taschen desto besser füllen zu können. Sie leben wie die Maden im Speck, nennen sich Christen und Demokraten, begauern das Volk, stehlen hungernden Arbeitern, Müttern und Kindern das Brot vom Munde weg und wissen dabei nichts Besseres, als auf jene zu schimpfen, die ihr frevelhaftes Spiel aufdecken.

Was in Amerika geschieht können wir nicht ändern, aber wir fordern:

Schluß mit der Mißwirtschaft in den Westzonen. Weg mit Unfähigen und Saboteuren in Regierung und Verwaltung. Das Volk soll Erzeugung, Erfassung und Verteilung überwachen.

Wir fordern eine planmäßig gelenkte Wirtschaft.

Darum wählt nicht wieder dieselben Versager von der Gattung eines Schlange-Schönings und andere mehr, wählt Männer, die die Interessen der werktätigen Masse vertreten.

Wählt Kommunisten!

Kritik an westlicher Besatzungspolitik

Marschall Sokolowskis Angriff — General Clays Entgegnung

In der letzten Sitzung des Alliierten Kontrollrats hat der sowjetische Oberbefehlshaber Marschall Sokolowski einen heftigen Angriff gegen die Politik der drei westlichen Alliierten in Deutschland geführt. Allen drei Staaten machte er den Vorwurf, das Potsdamer Abkommen und Vereinbarungen über die Verwaltung Deutschlands gebrochen zu haben. Marschall Sokolowski führte in seiner Rede die einzelnen Punkte, wo dies geschehen sei, auf. In der Entmilitarisierung der Westzone sei fast gar kein Fortschritt zu verzeichnen. Rüstungswerke seien unangeastet geblieben. Die Vorwürfe gipfelten darin, daß die „amerikanischen und britischen Besatzungsbehörden aus den Westzonen einen Stützpunkt des britisch-amerikanischen Im-

perialismus im Zentrum Europas“ machen wollen. In dem Verbot der SED in den Westzonen erblickt Marschall Sokolowski die Nichterfüllung des Beschlusses von Potsdam, nach welchem alle demokratischen Parteien in ganz Deutschland gestattet seien. In der anglo-amerikanischen Politik der Bizone sei „der Weg zu Liquidierung der deutschen Einheit und der politischen und wirtschaftlichen Spaltung Deutschlands“ gegangen worden.

General Clay hat am Vorabend der Londoner Konferenz gegen die Vorwürfe Marschall Sokolowskis Stellung genommen. Auf einer Pressekonferenz in Berlin erklärte er der „Neuen Zeitung“ zufolge, er beabsichtige nicht, am Vorabend der Außenministerkonferenz zu den bereits bestehenden Spannungen beizutragen. Er sehe keine Veranlassung, die amerikanische Militärregierung zu verteidigen, „da ihre Taten für sich selbst sprechen“.

—y. m.—

Berichtigung

In dem Artikel „Selbstversorgerkarren gesperrt“ in Nr. 47 vom 19. 11. 47 muß folgender Druckfehler berichtigt werden: In Absatz 2 muß es heißen statt 45 ha 45 ar.

Herausgeber: Kommunistische Partei Deutschlands, Bezirksvorstand Nordbaden, Mannheim, S. 3. 10. Verantwortlich: Kurt W. Weber, Mannheim Druck: Mannheimer Großdruckerei, Mannheim, R. 1. 4. - Herausgegeben mit Genehmigung der Nachrichten-Kontroll-Abteilung für Württemberg-Baden. - Auflage: 45 000.